

Augenmaß und Geduld sollen den Konflikt lösen helfen

# Keine Eile beim Hainburg-Bau

## ● Kirchschräger betont die Autorität der Bundesregierung

Selbst wenn ein Einsatz der Exekutive in der besetzten Stopfenreuther Au legal wäre – die „tiefen Risse“ in unserer Gesellschaft könnten mit den Mitteln der Polizei alleine nicht mehr überbrückt werden. Diese deutliche Mahnung zum Gespräch („Es ist hier wie in allen Konfliktsituationen unumgänglich“) stellte Bundespräsident Rudolf Kirchschräger in den Mittelpunkt seiner Neujahrsansprache.

Gespräche würden Zeit und Geld kosten – denn

auch für die Arbeiter und die Baufirmen, denen eine Verzögerung des Baubeginns finanzielle Einbußen bringt, müsse es eine „zufriedenstellende Lösung“ ihrer Probleme geben.

Kirchschräger ließ keinen Zweifel darüber, wer in dieser Situation die Verantwortung zu tragen habe: die Bundesregierung. Die müsse nun entscheiden, welchen Preis man für den gesellschaftlichen Frieden zu zahlen bereit sei: „Ich bin überzeugt, der Weihnachtsfriede

wurde zum Überdenken genutzt.“

Klar bekannte sich unser Staatsoberhaupt auch zur Autorität der Regierung:

Wenn es eine friedliche Lösung für die Au-Besetzung gebe, dann dürfe „das Begehen eines solchen Weges nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sich die Bundesregierung und die Landesregierungen ihrer Verantwortung entäußern und bei allen künftigen Entscheidungen, die nicht dem vollen Konsens aller Mitbürger begegnen, sich einem Widerstand, selbst wenn er sich gewaltlos nennt und waffenlos ist, beugen werden. Eine solche Auslegung würde zur Selbstaufgabe des Staates führen.“

## ● Sinowatz glaubt, Nachdenkpause gut genützt zu haben

Für Bundeskanzler Fred Sinowatz ist es bloße „Effekthascherei“, was Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens am Neujahrmorgen in der besetzten Stopfenreuther Au trieben (siehe auch Chronik-Teil): Die (ohne entsprechendes Gesetz rechtsunwirksame) symbolische Proklamation eines „Nationalparks“ wurde von Sinowatz in seiner Neujahrsbotschaft zwar nicht direkt angesprochen – doch die Warnung vor einer „Flucht in Symbole“ war eindeutig auf

die Hainburg-Gegner gegeben.

„Engagement und Augenmaß“ täten nun not, meinte der Kanzler, der neuerlich bekräftigte, daß die Regierung bei Hainburg ein Kraftwerk errichten will. Die Nachdenkpause über Weihnachten sei genützt worden, das Kraftwerksprojekt in eine Gesamtkonzeption von ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten einzuordnen. „Mit Augenmaß und Geduld“ solle das Problem nun einer friedlichen Lösung

zugeführt werden.

Für die Umweltpolitik im neuen Jahr kündigte Sinowatz an, er wolle die „traditionellen Bahnen des Regierens verlassen“, um eine neue Form der Zusammenarbeit aller Regierungsebenen mit Sozialpartnern, Energiewirtschaft, Forschung und Industrie zu finden.

Bei der Regierungsklausur im Jänner sollen bereits entscheidende Maßnahmen zum Umweltschutz im Straßenverkehr beschlossen werden. Optimismus zeigte der Kanzler nicht nur in Sachen Umweltschutz: 1985 werde die Inflationsrate beträchtlich sinken, und Österreich werde das größte Wirtschaftswachstum seit sechs Jahren haben.



„Das Begehen eines solchen Weges darf nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung und Autorität entäußert.“



„Unser Wald wird nicht sterben, unsere Flüsse werden wieder rein werden – weil wir entschlossen sind, zu den Pionieren einer neuen Umweltpolitik zu gehören!“

### Inland

#### ● Pensionen

Vor allem durch verbesserte Leistungen sei der Pensionsaufwand seit 1970 um 396 Prozent gestiegen, kommentierte SP-Sozialexperte Edgar Schranz die Pensionsreform.

#### ● Salzburg-Jahr

Ein Symposium über „Salzburg und das Werden der Zweiten Republik“ soll im Mai einen Höhepunkt des vom Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer proklamierten „Salzburg-Jahres 1985“ darstellen.



## SP-Rieder: „Dürfen uns nicht auf Polster der siebziger Jahre ausruhen“

„Perspektiven diskutieren – das heißt über emanzipatorische Themen reden“, versucht der SPÖ-Abgeordnete Sepp Rieder der Ideologiediskussion um die „Perspektiven 90“ neue Anstöße zu geben. Gerade jetzt, „wo alle nur über Hainburg reden“, droht die Ansätze zur Veränderung der Gesellschaft in Vergessenheit zu geraten.

Um so mehr, „als bei uns die Grün-Bewegung nur auf die Umwelt orientiert ist“ – während die BRD-Grünen nach Rieders Einschätzung „eindeutig links“ stehen. Und neben Umweltthemen auch der Frauenbewegung, den sozial Schwachen und der Friedensbewegung eine parlamentarische Vertretung sein wollen.

„Bei uns ist die Friedensbewegung abgestürzt, die Diskussion um die Abfängler war nur mehr ein letztes Aufblitzen, und die Frauenbewegung gebe es auch kaum mehr.“

letzte Trägerin der „verschütteten liberalen Tradition aus der bürgerlichen Revolution“ gewesen – und auf dem besten Wege, diese Rolle aufzugeben. „Die SPÖ unterliegt Klimaveränderungen wie andere Bewegungen auch“ – und das Klima in unserem Lande verliere zusehends an Liberalität. Zwar hätte die SPÖ mit den Reformen der siebziger Jahre etwa das Strafrecht oder das Familienrecht liberalisieren können – das sei aber just zu jenem Zeitpunkt geschehen, zu dem die beginnende Wirtschaftskrise „zu einer Verhärtung des gesellschaftlichen Klimas geführt hat“. Symptomatisch für Rieder: die Diskussion über die Kindesmißhandlung. „Statt das Übel an der Wurzel zu packen und sich Möglichkeiten einer besseren Fürsorge auszudenken, läßt man das Problem bestehen und droht bloß mit höheren Strafen.“ Rieders Schlußfolgerung: „Wenn die SPÖ eine Partei des Fortschritts bleiben will, darf sie sich nicht auf dem

### Nuntius betont „innere Werte“

Eine Erziehung zu inneren Werten wie Liebe, Langmut, Selbstbeherrschung und Freude bezeichnete der scheidende apostolische Nuntius, Mario Cagna, als Grundlage der Friedenserziehung. Cagna wird nach achtjähriger Tätigkeit in Österreich heuer durch Erzbischof Michele Cecchini abgelöst.

### FP: Politik für ganze Familie

Familienpolitik soll künftig nicht nur unter finanziellen Aspekten gesehen werden, meint FP-Familiensprecher Helmut Haigermoser: „Eine der wichtigsten Aufgaben wird sein, der Familie als Ganzes mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden“ – etwa in der Wohnbaupolitik oder bei

### WEINSTEIN



Für den Rieder muß die Koalition ja viel bedeuten, wenn er jetzt die SPÖ zur